

# Schuldenbremse: Ja oder Nein?

Gedanken zu einem Appell von  
den Professoren Bofinger, Horn und MitunterzeichnerInnen

[Abromeit@t-online.de](mailto:Abromeit@t-online.de)

31. Mai 2009

Text 72.0

(Text 72.1 Appell / Aufforderung der Professoren)

Liebe Bündnisgrüne,  
am 29. 5. 09 erhielt ich von Andreas (Plötz) über den Verteiler  
des Ortsverbandes folgendes Mail:

„Anbei ein Appell gegen die "Schuldenbremse", ein Instrument  
mit dem unsere Politiker die Zukunft gefährden!

Gruß Andreas“

TA: Der Titel: „Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirt-  
schaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“  
von Prof. Peter Bofinger, Prof. Gustav Horn und diverse  
Mitunterzeichner befindet sich im Anhang unter der  
Text-Nr. 72.1

Am 30. 5 09 erhielt ich über einen andere E-Mail-Liste folgende  
Meldung:

„Liebe Listigen, schon bekannt?  
Herzlichst, Sylvia Führer

---

Buch - Download: (<http://www.neuesgeld.com/getfile.php?id=196>)

Neues Geld - Neue Welt

Die drohende Wirtschaftskrise - Ursachen und Auswege  
(Ein Ökologe schreibt ein Buch über Geld)

---

WebSite: ([www.neuesgeld.com](http://www.neuesgeld.com))

Die Initiative Neues Geld ist eine Plattform zur Vernetzung, zum  
Erfahrungsaustausch sowie für die Öffentlichkeitsarbeit zum  
Thema Geld und Komplementärwährungen.

„Neues Geld“ versteht sich als Komplementärwährungen, also  
ergänzend zum bestehenden Geldsystem verwendete Zahlungs-  
und Verrechnungssysteme, die sich gesellschaftlichen Werten  
verpflichtet fühlen: Neues Geld soll wertstabil, basisdemo-  
kratisch und gemeinschaftsbildend sein und eine nachhaltige,  
ressourcenschonende, naturnahe Wirtschaftsweise unterstützen.“

---

(TA: Sylvia Führer hat unter dem Titel „Die Münze Nuria“ ein Buch für  
Kinder geschrieben. <http://www.sylvia-fuehrer.de/buecher.htm>)

Ich bitte meine nachfolgenden Betrachtungen in alle Verteiler, die Euch zur  
Verfügung stehen, und an die Unterzeichner des Appells – soweit bekannt -  
weiterzuleiten.

Es grüßt

Tristan Abromeit

## Über den Zusammenhang von Appell und Buch

Wenn eine größere Anzahl von Professoren und weitere 150 Personen einen Appell unterschreiben, der sich gegen eine verfassungsrechtliche Definition einer Schuldenbremse wendet, dann muß man von einem ernsthaften Anliegen und der Abwehr einer Bedrohung ausgehen. Da die zunehmende Verschuldung aber auch eine zunehmende Einengung der politischen Gestaltungsmöglichkeit der Parlamente und Regierungen und zudem eine weitere Verarmung der Mehrzahl der Bürger und eine Konzentration des Reichtums bei einer kleinen Minderheit bedeutet, ist zu fragen, was haben die klugen Professoren übersehen oder von welcher theoretischen Basis aus urteilen sie?

Bevor ich dieser Frage nachgehe bringe ich erst einmal ein Zitat:

„Wiederholt zitiert er Thomas Jefferson (1743-1826), den Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten. Jefferson schreibt über das Staatsschuldensystem: >Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; das jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.<“ ...

Aus: Ezra Pound, *Usura – Cantos XLV und LI*, herausgegeben von Eva Hesse, Verlag: Die Arche, Zürich 1985

Aussagen über die vertrakteten Wirkungen der Verschuldung finden sich auch genügend in den Büchern von Helmut Creutz, Mitbegründer der Grünen im Umfeld von Aachen: „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“.

In dem Appell der Professoren heißt es unter der Ziffer 5.:

„Wenn die Länder durch das Grundgesetz in Zukunft daran gehindert werden, sich für Zukunftsinvestitionen zu verschulden, besteht bei anhaltenden und von vielen Politikern aktiv geförderten Forderungen nach Steuersenkungen die große Gefahr, dass die aktive Zukunftsvorsorge unter der Räder kommt. Es kann dann vielleicht erreicht werden, dass die Schulden nicht weiter ansteigen, aber um den Preis, dass zukünftige Generationen unzureichend ausgebildet sind, über eine abgewirtschaftete Infrastruktur verfügen und in einer schlechten Umwelt leben müssen.“

Hier ist anzumerken: Die Bildung, die Infrastruktur und die Investitionen in eine bessere Umwelt, müssen immer aus dem dem Ergebnis Arbeit finanziert werden. Die Finanzierung aus dem Arbeitseinkommen der jeweiligen Generationen, die solche Maßnahmen durchsetzen will, fällt um so leichter, je mehr ihrer Mitglieder in der Erwerbsarbeit stehen und je geringer die Quote des Kapitals an dem Volkseinkommen ist. Mit den Investitionen für

die Zukunft kann man gar nicht vorsichtig genug sein. Die nachfolgenden Generationen haben in der Regel andere Vorstellungen davon, was wertvoll und angemessen ist, als die jeweils gegenwärtig handelnden Generationen. Die Investitionen in die Atomenergie waren auch mal Zukunftsinvestitionen. Wie gerne würden wir es haben, daß diese nicht getätigt wurden. Es kann auch sein, daß die Vorstellungen von einem freien Bildungssystem sich morgen durchsetzen. Da kann es kein Vorteil sein, wenn wir das mit autoritären Regierungssystem geteilte Zwangsbildungssystem durch eine Verschuldung der folgenden Generationen prolongieren. Und ob die Infrastruktur, wie wir sie für optimal halten – morgen nicht zurück gebildet oder umgebildet werden müssen, wissen wir auch nicht.

Und nun zu dem theoretischen Hintergrund der Appell-Initiatoren und -Unterzeichner. Verdächtig ist schon, daß er von den klugen Professoren nicht benannt wird, wo es doch offensichtlich ist, daß sie für einen Freiraum in der Zukunft zum Einsatz des Instrumentes deficit spending nach John Maynard Keynes (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) kämpfen. Die Theorie von Keynes ist ja immer noch ernst zu nehmen, erklärt sie doch wann und warum die Güterströme aufgrund von Kreislaufproblemen zum Erliegen kommen (Unterbeschäftigung / Arbeitslosigkeit). Problematisch ist am Keynesianismus nur die Therapie. Sie fordert bei dem Ausfall von privater Nachfrage eine Ersatznachfrage des Staates. Die beiden Möglichkeiten die es hier gibt sehen Kurzform so aus:

- 1.) Das Geld und die Forderungen auf Geld (Guthaben) werden mit attraktiven Zinssätzen durch Schuldverschreibungen des Staates abgeschöpft. Diese Beträge werden dann ersatzweise vom Staat auf dem Markt eingesetzt: a) durch Direktinvestitionen Staats und b) durch Subventionen von Marktteilnehmern mit dringenden Nachfragebedarf und mangelnder Ausstattung mit Kaufkraft.
- 2.) Der Staat hat einen Zugriff auf die Notenbank. Dann läßt man die ruhende private Nachfrage unberücksichtigt und gibt einfach neues Geld heraus und bringt es unter wie unter 1. beschrieben.

Nach der Theorie ist es nun erforderlich, bei anspringender und guter Konjunktur, daß der Staat bei der Methode 1. die Schulden zu tilgen und bei der Methode 2. die umlaufende Geldmenge wieder zu reduzieren hat. In der Praxis klappt das aber nicht, weil sachlich richtige Entscheidungen den politischen Begehrlichkeiten geopfert werden.

In dieser Schwäche des Keynesianismus liegt der eigentliche Grund, daß sich in der theoretischen Ökonomie und in der Wirtschaftspolitik eine Gegenbewegung entwickelt und durchgesetzt hat. Diese Gegenbewegung trägt den Namen Neoliberalismus (zweiter Prägung). Ich sage hier „zweiter Prägung“, weil der Neoliberalismus erster Prägung – auch Ordoliberalismus genannt – der am Anfang der BRD diskutiert wurde, eine ganz andere Prägung und Zielsetzung hatte. (Siehe dazu die Ausgabe 273/4 der „Fragen der Freiheit“ mit dem Thema ‚Ordoliberalismus und Freiwirtschaft‘ und die Ausgabe 277/278 mit dem Thema ‚Keine private Macht in einer freien Gesellschaft‘ ([www.sffo.de](http://www.sffo.de)))

Ein Name ist besonders mit dem Neoliberalismus verbunden und das ist der

von dem verstorbenen Milton Friedman (Die optimale Geldmenge – Wissenwertes über Geld) In einem Nachruf des Handelblattes vom 20. 11. 06 ist zu lesen: ...“Ganz ohne Zweifel war Milton Friedman neben John Maynard Keynes mit Abstand der einflussreichste Ökonom des 20. Jahrhunderts.“ Als er 1976 den Nobelpreis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie des Geldes erhielt, hat Prof. Felix Binn als Sprecher der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft gegenüber dem Präsidenten der Nobel-Stiftung seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, weil die von Silvio Gesell gegründete Freiwirtschaftsschule dieses Wissen durchgängig vertreten hat.

Heute wissen wir um die Schwächen der besonders durch Friedman repräsentierten Chicagoer Schule. Wir haben aber keinen Grund Vertreter dieser Schule, die unter der Bezeichnung *Neoliberalismus* gehandelt werden, so zu beschimpfen und für alles ökonomische Ungemach verantwortlich zu machen, wie zu anderen Zeit die Juden als Ursache für ökonomischen Drangsal verdächtigt und verfolgt wurden. Das die Fehler dieser Schule so umfangreich und lange auf die Gesellschaften einwirken konnten ist auch mit ein „Verdienst“ der Grünen. Denn die ersten Gründungsimpulse kamen von Vertretern der Freiwirtschaftsschule, die die positiven Elemente von Keynes und jene von Friedman – bei Vermeidung der negativen Aspekte – in sich trägt. Die marxistischen Fundamentalisten und auch die Realos, die nichts besseres im Kopf hatten, als das, was an den Hochschulen gelehrt wurde, haben „erfolgreich“ die Wirksamkeit freiwirtschaftlichen Denkens verzögert.

Im Internet auf der Seite World Socialist Web Site [www.wsws.org](http://www.wsws.org) heißt es in dem Bericht:

## **„Die Grünen als Wirtschaftspartei**

**Von Dietmar Henning  
16. Mai 2009**

Auf ihrem Parteitag in Berlin am vergangenen Wochenende haben sich die Grünen als Wirtschaftspartei dargestellt. Ihre Spitzenpolitiker betonten, dass angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise vor allem eines notwendig sei: massive staatliche und private Investitionen in Umwelttechnologie, Klimaschutz und Bildung.

Die große Koalition sei der globalen Herausforderung von Klima- und Wirtschaftskrise nicht gewachsen, erklärte die Spitzenkandidatin Renate Künast und rief den Delegierten in der Berliner Radsporthalle Velodrom zu: "Das ist der blanke Dilettantismus, der dieses Land regiert." Die Wirtschaft müsse auf eine neue ökologische Grundlage gestellt werden. Eine Komplettumstellung auf Ökostrom müsse zügig vorangebracht werden.

Der Bundesvorsitzende der Grünen Cem Özdemir eröffnete den Parteitag, auf dem das Bundestagswahlprogramm diskutiert wurde, mit den Worten: "Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag - der kann und darf nur grün sein." Eine epochale Krise verlange große Lösungen. Die Grünen seien die einzige Partei in Deutschland, die das verstanden habe.

Worin ein "grüner Gesellschaftsvertrag" bestehe und was unter "großen Lösungen" zu verstehen sei, blieb, wie oft bei den Grünen, auch auf diesem Parteitag sehr vage und vieldeutig.

...

Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 und dem anschließenden, von US-Präsident Franklin D. Roosevelt begründeten New Deal könne man lernen, dass Rettungspakete in der Größenordnung von Hunderten Milliarden Dollar nur den Absturz dämpfen und eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau erreichen könnten. "Den eigentlichen Aufschwung aber - und das ist eine sehr schlechte Nachricht - brachte der Zweite Weltkrieg sowie der darauf folgende Kalte Krieg", schrieb Fischer. Die Welt brauche heute ein anderes wirtschaftliches "Megaprojekt" als Krieg. Dieses Megaprojekt sei der "Kampf gegen die Klimakrise". "Ein wirksamer Kampf gegen die Klimakrise setzt nichts Geringeres als eine grüne Revolution der Weltwirtschaft voraus".

...

Schon als die Grünen vor zehn Jahren ihre Mitarbeit an der Bundesregierung begannen, erschöpfte sich ihre Politik darin, die Interessen der Wirtschaftsverbände umzusetzen. Unter ihrer Regierungsbeteiligung wurden die wichtigsten Beschränkungen des Kapitalmarktes aufgehoben.

Und auch in den Monaten der Krise ließen die Grünen keinen Zweifel aufkommen, dass für sie die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Profitsystems oberste Priorität hat.“ ...

Diese Einschätzung haben sich die Grünen bei allem unterstellten guten Willen „verdient“. Das Tönen von der ökologischen Marktwirtschaft ist so lange unglaublich, so lange an den Grundproblemen der Ökonomie nichts geändert werden soll. Wenn man aber bereit ist etwas zu ändern, muß man erst einmal verstehen, was geändert werden muß. Das Wissen dazu haben die Grünen – ich wiederhole mich – „erfolgreich“ verhindert. Das Buch Neues Geld – Neue Welt von Tobias Plettenbacher kann vielleicht so etwas wie Nachhilfeunterricht geben. („Vielleicht“ deshalb; weil ich es vorliegen aber noch nicht gelesen habe.) Der Inhalt ist in voller Länge unter dem nachfolgendem Link einsehbar.

<http://www.neuesgeld.com/getfile.php?id=196>

Über dem Autor heißt es: „Dipl.-Ing. Tobias Plettenbacher, geb. 1968, Ried im Innkreis (Oberösterreich), Landschaftsökologe, Programmierer, Technischer Leiter der Firma WLM OEG Innsbruck, Experte für Computermodelle und komplementäre Währungssystem, ATTAC Ried im Innkreis“.

Zwei Anmerkungen zum Schluß:

Heute haben mehr Leute als zu normalen Zeiten das Gefühl, daß die Finanz- und Wirtschaftskrise etwas mit unserer Geldverfassung zu tun hat. Manche überlegen, ob wir nicht zu einer durch Gold gedeckten Währung in bessere Zeiten kommen könnten. Die wenigsten wissen, daß ein solcher Versuch der gleiche Wahnsinn wäre, wie er sich in der Weimarer Republik zur Anwen-

ung kam mit der Folge, daß die Republik unterging und das Unheil des „3. Reiches“ starten konnte.

Andere fordern ein New Deal wie unter den amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Bei Robert Lekachman ist in seinem Buch „John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus“, 1966, zu lesen:

„Was Roosevelt auch immer in jenem Herbst 1932 einer verwirrten Wählerschaft anbot, mit den Kernpunkten des New Deal hatte es nichts gemein. Wahrscheinlich war sich Roosevelt selbst nicht über die Sachverhalte, die zur Formulierung der Kernpunkte des New Deals führten, im klaren.“  
(S. 131)

Vorher heißt es:

...„Wie Keynes selbst bereits in seiner General Theory bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.“ ... (S. 130)

Ich schätze, wenn die heutigen Befürworter eines New Deal den Krieg gegen eine ökologische Auf- und Umrüstung austauschen würde, dann würde das ebenfalls wie ein Krieg die Gesellschaft, die das Programm anwendet, mit unbekanntem Ausgang umformen.

Das Problem, das wir mit einer kapitalistisch überlagerten Marktwirtschaft immer wieder haben, drückt sich bei Lekachman wie folgt aus:

„Eine ‚reife Volkswirtschaft‘ wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben.“ (S. 152) Und ich ergänze: Weil das Kapital seinen Tribut (Zins) nicht mehr durchsetzen kann. Daher ist der Krieg und anderweitige Zerstörung eine Bedingung des Kapitalismus.

Lekachman geht ausführlich auf Alvin H. Hansen ein, der war „unbestrittener Führer des amerikanischen Keynesianismus“ und zitiert ihn u.a. wie folgt:

„Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung.“ Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: „Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation – kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen.“ (S. 156)

Diese Beschreibung galt für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Das Zitat macht deutlich, daß für die entscheidenden Fragen für die Schaffung von Frieden und Wohlstand die politischen Parteien und die Wirtschaftswissenschaften danach keinen wesentlichen Beitrag geleistet haben und die Freiwirtschaftler, die etwas zur Auflösung des Problemkomplex beizutragen hätten, nicht nur nicht gehört, sondern zu Kryptoökonomem gestempelt wurden.

TA